

Saubere Energie

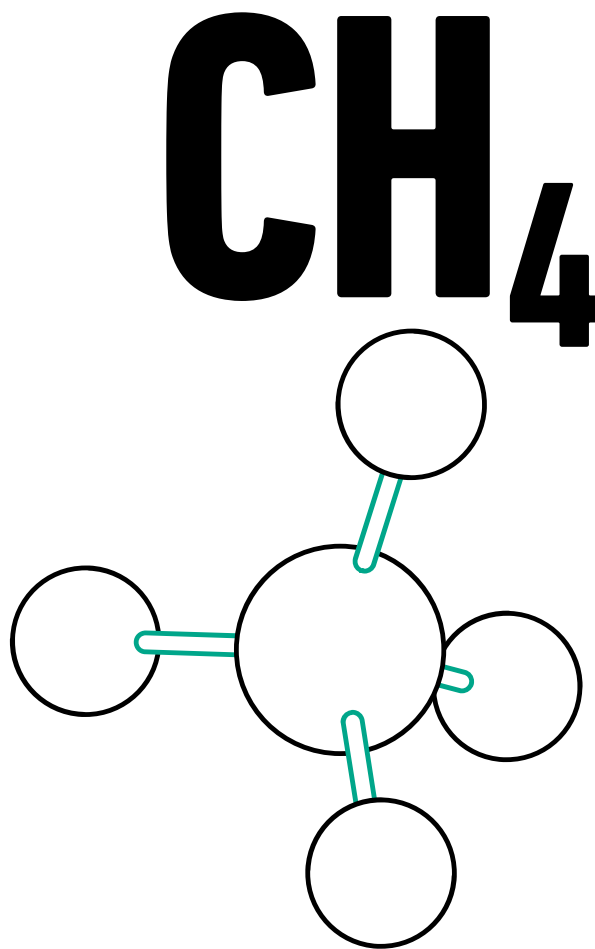
Methan und Gebäudesanierung

Die EU-Kommission legt nach: Dem European Green Deal folgt ein Papier für den Energiebereich mit einer Strategie für Methan und eine Renovierungswelle.

Die Gesamtbewertung der Europäischen Kommission zur Energieunion zeigt, dass die Mitgliedstaaten in der Lage sind, die europäischen Energieziele gemeinsam zu erreichen, auch wenn bei der Energieeffizienz noch zusätzliche Anstrengungen notwendig sind. Im Bericht wird unterstrichen, welchen wichtigen Beitrag der Energiesektor zur Überwindung der durch Covid-19 verursachten Wirtschaftskrise leisten kann. Die Energieunion hat sich bislang angesichts der durch die Pandemie für unsere Energiesysteme und die Arbeitskräfte im Energiebereich entstandenen Herausforderungen als robust erwiesen. Auch die Wettbewerbsfähigkeit sauberer Energie wird analysiert. Auch wenn die Bewertung der Kommission gut ist, sind mit Blick auf die geplante Anhebung des Treibhausgasminderungsziels für 2030 zusätzliche Maßnahmen notwendig. Dafür hat die Kommission Vorhaben in Form von zwei Strategien präsentiert.

Energieeffiziente Renovierung vorantreiben und damit Wiederaufbau ankurbeln

Auf Gebäude entfallen ca. 40 Prozent des Energieverbrauchs in der EU und 36 Prozent der Treibhausgasemissionen. Nun schlägt die Kommission vor, bis 2030 die Treibhausgasemissionen von Gebäuden um 60 Prozent, ihren Energieverbrauch um 14 Prozent und den Energieverbrauch für Heizung und Kühlung um 18 Prozent zu senken. Die aktuelle Renovierungsrate von rund 1 Prozent soll in den nächsten zehn Jahren verdoppelt werden. Die vorliegende Strategie umfasst einen umfangreichen Maßnahmenplan mit einem breiten Spektrum an legislativen und nichtlegislativen Vorhaben. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Dekarbonisierung der Wärme- und Kälteerzeugung, der Renovierung öffentlicher Gebäude sowie auf Maßnahmen für Gebäude mit besonders niedriger Energieeffizienz. Darüber hinaus geht es um bessere Informationen, mehr Rechtssicherheit und wirtschaftliche Anreize für Gebäudeeigentümer und Mieter, die Bereitstellung



gezielter Fördermittel sowie den Kompetenz- und Kapazitätsaufbau zur Umsetzung von Renovierungsprojekten. Die Renovierungswelle wird sich in der Überarbeitung der EU-Richtlinien zu Energieeffizienz, Gebäudeeffizienz und Erneuerbaren wie auch im Beihilferahmen und in den Ökodesign-Vorgaben widerspiegeln. Außerdem soll eine Erweiterung des EU-Emissionshandelssystems (EU-ETS) auf Gebäude überprüft werden.

WKÖ: Investitionen in Renovierungen forcieren

Die Energieeffizienz-Performance des ineffizienten Gebäudebestands, der den überwiegenden Teil der Gebäude – auch in Österreich – ausmacht, zu verbessern ist ein notwendiger Schritt in Richtung Dekarbonisierung. Allerdings schreiben die aktuell gültigen österreichischen Bauordnungen einen sehr hohen Standard vor. Umso wichtiger ist es, einheitliche europäische Standards und Vorgaben festzulegen. Anstatt verpflichtender Vorgaben braucht es Anreize und Rahmenbedingungen, um die Renovierungen vorantreiben. Dabei sollen Produzenten von Baurohstoffen (z. B. Zement, Ziegel, Stahl), die durch Carbon Leakage gefährdet sind, weiterhin in der EU angesiedelt bleiben. Bei verschärften klimapolitischen Vorgaben muss der Carbon-Leakage-Schutz, also der Schutz vor Auslagerung von emissionsintensiver Produktion, gewährleistet sein.

Renovierung darf nicht nur als thermische Sanierung im engen Sinn gesehen werden. Ziel ist vielmehr der Erhalt der Gebäudesubstanz, die Annäherung des Gebäudes an den Stand der Technik sowie die Integration in die Energie- und Anergienetze und damit die Nutzung der Gebäude als Energy Hub und als Speicher. Es ist auf einen holistischen Ansatz zu achten. Zielkonflikte müssen vorab erfasst und die Ziele untereinander priorisiert oder zu einem Ausgleich gebracht werden.

Reduktion der Methanemissionen unerlässlich für Klimaneutralität

In der Strategie zur Minderung der Methanemissionen in den Bereichen Energie, Landwirtschaft und Abfall geht die EU-Kommission davon aus, dass die vorgeschlagene Anhebung des Treibhausgasminderungsziels für 2030 auf mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 eine Reduzierung der Methanemissionen um 35 bis 37 Prozent gegenüber 2005 erfordert. Die Strategie spricht sowohl sektorübergreifende als auch sektorspezifische Maßnahmen in den Sektoren Energie, Landwirtschaft und Abfall an. Dazu gehört u. a. die Unterstützung von Initiativen zur Verbesserung von Messung, Reporting und Verifizierung von Methanemissionen. Die beschleunigte Marktentwicklung für Biogas bzw. Biomethan aus nachhaltigen Rohstoffen soll im Rahmen der für das Jahr 2021 geplanten Anpassung der Binnenmarktregeln für Gas und der Erneuerbare-Energien-Richtlinie auch eine wirksame Emissionsverringerrungsmaßnahme darstellen. Die Kommission arbeitet auch an verpflichtenden Vorgaben für das Aufspüren und Beseitigen von Leckagen in der Gasinfrastruktur sowie der Prüfung eines Verbots des Entgasens und Abfackelns im Energiesektor. Für die Landwirtschaft soll ein Inventar von Best-Practice-Beispielen und -Technologien bestimmt werden. Im Bereich der Abfallwirtschaft soll auf eine bessere Rechtsdurchsetzung gesetzt werden, außerdem soll es im Jahr 2024 eine Überprüfung der Deponierichtlinie geben. ●



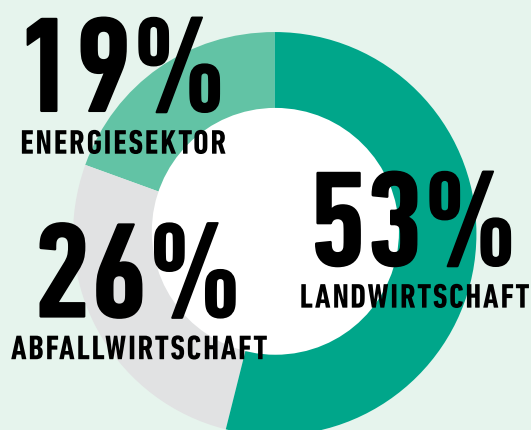
MMag. Verena Gartner (WKÖ)
verena.gartner@wko.at



Mag. Florian Schmalz (WKÖ)
florian.schmalz@wko.at

WKÖ: Methan ist ein globales Problem

- **Kleiner EU-Anteil:** Die EU verursacht ungefähr 5 Prozent der globalen Methanemissionen. Seit 1990 hat sich der Methanausstoß stetig verringert. Laut dem 5. Sachstandsbericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) beträgt das CO₂-Äquivalent für Methan bei einem Zeithorizont von 100 Jahren 28. Das bedeutet, dass ein Kilogramm Methan innerhalb der ersten 100 Jahre nach der Freisetzung 28-mal so stark zum Treibhauseffekt beiträgt wie ein Kilogramm CO₂.
- **Internationale Zusammenarbeit fördern:** Vor diesem Hintergrund sehen wir die Bestrebungen der Europäischen Kommission, auch auf internationaler Ebene Foren einzurichten und Kooperationen einzugehen, die weltweit zu einem Rückgang der Methanemissionen führen sollen, positiv.
- **Faktenbasis erweitern:** Wir begrüßen, dass der Schwerpunkt zunächst auf die Verbesserung der Messung, Berichterstattung und Verifizierung gelegt wird, bevor strengere politische Maßnahmen konzipiert werden.
- **Zielgenaue Maßnahmen treffen:** 53 Prozent aller vom Menschen verursachten Methanemissionen der EU stammen aus dem Sektor Landwirtschaft und 26 Prozent aus der Abfallwirtschaft, während auf den Energiesektor 19 Prozent entfallen. Wichtig ist, dass bei der Ausarbeitung weiterführender Rechtsakte der Fokus auf die Hauptverursacher gelegt wird, wo auch relevante Einsparungen zu erzielen sind.



- **Richtiger Ansatz Biogas:** Erfreulich ist, dass in der vorliegenden Methanstrategie die Chancen von Biogas unterstrichen werden, um die Methanemissionen in der Landwirtschaft über eine Verwertung von Abfall und Reststoffen in Biogasanlagen zu reduzieren.